



Die FDP deckt auf:
Überflüssige Geländerposse
an der Albertbrücke

► Brücken sind bei uns ja so eine Sache. Regelmäßig sorgen sie für Diskussionsstoff und überregionale Beachtung und auch mit der Albertbrücke hat es Dresden wieder geschafft. Mario Barth mokierte sich auf RTL, die Sendung Extra3 im NDR widmete der Brücke ihre Aufmerksamkeit. Und das wird mit Sicherheit so weitergehen, denn mit der Posse um das Doppelgeländer an der frisch sanierten Querung schießt der Dresdner Amtsschimmel wieder einmal den Vogel ab. Denn die Rechtsvorschriften, auf die sich die Dresdner Straßenbauverwaltung beruft, gibt es gar nicht. Die FDP/FB-Fraktion hat die Behauptungen geprüft und herausgefunden, dass jenes zweite Geländer, nicht nur hässlich, sondern vor allem gar nicht notwendig gewesen wäre. Schilda lässt grüßen und was für eine Verschwendung von Steuergeld!
Lesen Sie mehr dazu auf Seite 3.

Ein Denkmal oder kann das weg?

Eine halbverfallene Kantine aus DDR-Zeiten wird zum Zankapfel, blockiert die Vision einer grünen Lingnerstadt und fordert eine Antwort auf die Frage, wie wir es mit der Vorwehdearchitektur halten?

Geht es nach Rot-Rot-Grün im Dresdner Stadtrat werden demnächst DDR-Plattenbauten unter Denkmalschutz gestellt. Und zwar die unsanierten grauen in Gorbitz, am Goldenen Reiter und anderswo. Dass sich hierbei die SED-Nachfolger um André Schollbach besonders hervortun, überrascht nicht. Eher wie undifferenziert sich die linksgrüne Ratsmehrheit dem Thema nähert. Denn natürlich gibt es städtebauliche Zeugnisse aus DDR-Zeiten, die erhaltenswert sind. Und verglichen mit vielen langweilig-anspruchlosen Gebäuden, die in den vergangenen 25 Jahren entstanden sind, wirkt einiges aus Vorwehdezeiten fast schon spektakulär. Aber nicht alles und nicht an jedem Ort!

Einen solchen Fall übertriebener DDR-Liebe erleben wir gerade in der Lingnerstadt. Linke, Grüne und SPD schicken sich an, verblie-

bene Bürogebäude und Zweckbauten unter Schutz zu stellen und stellen damit nicht nur Investoren vor nachhaltige Probleme, sondern rauben einem ganzen Stadtteil die Chance auf eine faszinierende Entwicklung. Aufhänger für den Streit ist das Begehren der Linken, die ehemalige, inzwischen ruinöse, Robotron-Kantine zu erhalten.

„Ich habe kein Verständnis für die Diskussion um den Erhalt dieses Profanbaus. Wir sind für den Abriss der Kantine und wollen die einmalige Chance, eine städtebauliche Sünde zu heilen und den Blüherpark und damit auch den Großen Garten zu erweitern, nutzen. Die Idee der Wiederherstellung des Blüherparks nach

historischem Vorbild ist überzeugend und die beste Lösung für das Quartier. Im Zusammenhang mit den 3.000 Wohnungen, die auf dem früheren Robotron-Gelände entstehen sollen, ergibt sich hier die Möglichkeit, einen ganz neuen Stadtteil mit hoher Lebensqualität mitten im Zentrum zu entwickeln und Fehler der Nachkriegsarchi-

tektur zu beheben. Die alten Sichtachsen zwischen Rathaus, Hygienemuseum und Großem Garten, die mit den dahingewürfelten riesigen Funktionsgebäuden zerstört wurden, können wieder hergestellt werden. Auch ökologisch überzeugt die Vision“, fasst Fraktionschef Holger Zastrow die Position der Liberalen zusammen.

Was den Umgang mit DDR-Architektur insgesamt betrifft, rät die Fraktion zu Augenmaß und objektbezogenen Abwägungen. „Nicht selten wurden Bauzeugnisse dieser Epoche zu früh beseitigt. Ich bin kein DDR-Nostalgiker, aber mancherorts findet sich durchaus auch heute noch Schützenswertes. Man darf nicht alles aus DDR-Zeiten plattmachen“, begründete beispielsweise Stadtrat Jens Genschmar das Ja von FDP und Freien Bürgern zum Erhalt des Pinguin-Cafés im Dresdner Zoo.



Ehemalige Kantine Lingnerstadt

INHALT / SEITE 2

➤ Dresden droht Neuverschuldung

INHALT / SEITE 3

➤ Amtsschimmel wiehert

INHALT / SEITE 4

➤ Neujahrsempfang 2017

Dresden droht Neuverschuldung

Ende des Jahres 2016 hat die Landeshauptstadt die vermutlich chaotischste Haushaltsberatung in ihrer Geschichte erlebt. Wobei man den rot-rot-grünen Alleingang aus Sicht der Freien Demokraten im Dresdner Stadtrat nur schwerlich als Beratung bezeichnen kann. „Linke, SPD und Grüne haben sich jeglicher Debatte verschlossen. Die Ausschusssitzungen waren eine einzige Farce“, fasst Holger Zastrow als Finanzpolitiker der Fraktion die Haushaltsberatungen zusammen.

Millionenpoker 5 vor 12

Erst kurz vor der entscheidenden Stadtratssitzung im Dezember hatte die linksgrüne Ratsmehrheit ihre eigenen Änderungen in einer extra anberaumten Sondersitzung auf den Tisch gelegt und OHNE viel Aufhebens durchgedrückt. Zwei Stunden später musste der Stadtrat darüber entscheiden. Im Stadtrat wurde schnell klar, dass selbst die Stadträte auf der linken Seite nicht wussten, was in ihrem eigenen Änderungsantrag eigentlich drin stand. In einer wilden Aktion wurden so mehrere Millionen Euro umverteilt. Die Deckung für diese



Ausgaben ist man bis heute schuldig geblieben.

Im Februar hat die Landesdirektion Sachsen die Prüfung des Dresdner Haushalts abgeschlossen und die Freigabe zum Vollzug des Haushaltes 2017/2018 der Landeshauptstadt Dresden bekannt gegeben. Die Landesdirektion hat dabei mit

deutlichen Worten eine drohende Neuverschuldung ab 2019 angesprochen. Zitat: „Die Landesdirektion Sachsen schätzt ein, dass die Stadt Mittel zur anteiligen Finanzierung von Investitionen erwirtschaftet, nicht aber die Mittel zur Finanzierung sämtlicher geplanter Ausgaben. Folglich ist die Stadt bei Umsetzung ihres Finanz- und In-

vestitionsprogrammes spätestens ab 2019 auf die dauerhafte Inanspruchnahme von Kassenkrediten angewiesen. Dies ist ein deutliches Zeichen einer eingeschränkten finanziellen Leistungsfähigkeit.“

Die FDP/FB-Fraktion sieht ihre Befürchtungen bestätigt. „Die Neuverschuldung Dresdens muss

verhindert werden. Jetzt wird sich zeigen, was der neue SPD-Finanzbürgermeister Dr. Peter Lames wirklich von der Schuldenfreiheit Dresdens hält oder ob das alles nur leere Lippenbekenntnisse waren.“

Spielräume werden kleiner

Durch die Weichenstellungen im neuen Doppelhaushalt wird der finanzielle Spielraum der Landeshauptstadt immer geringer. Reserven für Notlagen und Außergewöhnliches werden aufgezehrt. Die Folgen sind schon zu spüren. Keine acht Wochen nach dem Haushaltsbeschluss kam es zu einer weiteren Kostensteigerung bei der Sanierung des Kulturpalastes. Um den Eröffnungstermin zu halten, werden erneut mehrere Millionen Euro benötigt. Das Geld wird gegeben ohne das man weiß, wie man die Mehrkosten gegenfinanziert. „Der von Linksgrün vorgelegte Haushalt führt auf direktem Weg in die Schuldenfalle. Auf der linken Seite des Rates gibt es keine Scheu vor einer Neuverschuldung. Im Gegenteil. Man provoziert eine Schräglage des Haushaltes um alsbald alle Dämme brechen zu können.“

Grüne mit Kröten gegen Trainingszentrum

2019 muss die Sportgemeinschaft Dynamo Dresden mit ihrem Trainingsgelände den Großen Garten verlassen. Bis dahin hat der Verein Zeit, einen alternativen Standort zu finden. Seit fast zwei Jahren führen Stadt und Verein dazu über Flächen im Sportpark Ostragehege Gespräche. Dies stößt allerdings der grünen Umweltbürgermeisterin auf. Diese hat im Januar in einer verwaltungsinternen Stellungnahme das Projekt eines Dynamo-Trainingszentrums im Ostragehege scharf kritisiert, ja sogar für nicht genehmigungsfähig erklärt, un-

ter anderem weil im Umfeld des Areals eine Krötenpopulation lebt. Die Fraktion der Grünen fordert dazu aufwendige Prüfungs- und Genehmigungsverfahren, bei denen die rechtzeitige Fertigstellung des Trainingsgeländes wiederum in Gefahr wäre. FDP-Stadtrat Jens Genschmar kritisiert diese Haltung scharf: „Hier droht eine Hufeisenase 2.0. Verhindern, verhindern und nochmals verhindern scheint das Credo der Grünen zu sein. Es geht zum größten Teil um eine heruntergekommene Brachfläche, die in ein modernes Trainingsgelände



verwandelt werden soll. Die sportpolitische Entwicklung ist mir an der Stelle wichtiger als ein neues, kompliziertes und langjähriges

Planungsverfahren. Es gibt keine unüberwindlichen Probleme, man muss nur wollen.“

Unterdessen wurden auch Überlegungen zur Erweiterung des Dynamo-Stadions bekannt. Die Freien Demokraten zeigen sich dafür offen, sehen aber auch Hausaufgaben: „Die Fehler der Vergangenheit dürfen sich nicht wiederholen, die Verträge und die Finanzierung müssen diesmal Hand und Fuß haben und dürfen keine Schnellschüsse sein“, fordert Genschmar. Die bekannten Probleme Parkplatzsituation, der Verschattung des Arnhold-Bades sowie die Auswirkungen auf die benachbarten Grünflächen müssen vorher geklärt werden.

KURZNACHRICHTEN

Neuer Bildungsbürgermeister gewählt

Hartmut Vorjohann (CDU) ist neuer Bildungsbürgermeister. „Wir freuen uns, dass mit Hartmut Vorjohann ein wichtiger Erfahrungsträger und Finanzexperte Teil der Bürgermeisterriege bleibt“, so Holger Zastrow. Die liberale Fraktion ist Vorjohann seit langem verbunden, insbesondere wenn es um den verantwortungsbewussten Umgang mit öffentlichen Mitteln geht, und hat ihn nicht zum ersten Mal unterstützt. Gegen die Voten von CDU, Linken, SPD und Grünen schlug ihn die FDP 2015 als Finanzbürgermeister vor.

Germany Travel Mart kommt nach Dresden

Mit den Stimmen der FDP/FB-Fraktion hat der Stadtrat auf seiner Sitzung im Januar die Mittel zur Ausrichtung des Germany Travel Mart 2018 freigegeben – für die Fraktion ein konkreter und konstruktiver Schritt zur Förderung des Tourismus und nach der Streichung der verkaufsoffenen Sonntage und der Einführung der Bettensteuer längst überfällig. „Wir brauchen mehr Aktivitäten zur Tourismusförderung. Dresden braucht mehr Highlights“, erklärt Franz-Josef Fischer als Mitglied des Tourismusausschusses

Nein zur Erhöhung der Parkgebühren

Die geplante Parkgebührenerhöhung in der Innenstadt auf bis zu 8 Euro pro Tag stößt bei der liberalen Fraktion auf Ablehnung. „Die Stadtverwaltung scheint den Wegfall lukrativer kommunaler Parkplätze wie an der Wallstraße durch eine Gebührenerhöhung kompensieren zu wollen. Am Ende wird der innerstädtische Handel darunter leiden, wenn sich die Kaufkraft wieder mehr auf die Randgebiete mit ihren kostenlosen Parkplätzen verlagert“, bewertet FDP-Stadtrat Thoralf Gebel die Pläne der Verwaltung.

Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft verankern statt ausgrenzen!

Öffentlichkeitswirksam fordert die Fraktion der Linken ein Werbeverbot für die Bundeswehr auf Dresdner Straßenbahnen und Bussen. FDP und Freie Bürger stellen sich dieser Forderung entgegen – nicht nur, weil die Bundeswehr in Dresden tief verankert und die Stadt einer der deutschlandweit wichtigsten Standorte ist. „Die Bundeswehr ist eine Armee zur Verteidigung unserer demokratischen Grundwerte und unterliegt einer permanenten und strengen Kontrolle durch das Parlament. Anstatt einen Keil zwischen Armee und

Gesellschaft zu treiben und die Bundeswehr in Misskredit zu bringen, sollte es politisches Ziel aller Demokraten sein, die Bundeswehr zu unterstützen. Dazu gehört nach Aussetzung der Wehrpflicht auch die Möglichkeit, für qualifiziertes Personal zu werben. Wir sprechen uns deshalb klar dafür aus, der Bundeswehr die Möglichkeit einzuräumen, in einem bestimmten Rahmen kostenlos an den Fahrzeugen der DVB zu werben“, sagte Fraktionschef Zastrow.

Amtsschimmel wiehert auf der Albertbrücke

Halb Deutschland lacht über die Geländerpose. Weil sich Denkmalschutzamt und Straßenbauverwaltung nicht einigen konnten und weil die Vorschriften das angeblich fordern, hat die Albertbrücke gleich zwei Geländer bekommen. Die FDP hat jetzt aufgedeckt, dass das gar nicht notwendig gewesen wäre.

Auf eine mündliche Anfrage des Fraktionsvorsitzenden der FDP/FB-Fraktion Holger Zastrow zur Notwendigkeit des Doppelgeländers an der Albertbrücke in der Stadtratssitzung vom September 2016 (mAF0146/16) hat die Stadtverwaltung in ihrer Begründung auf die einschlägigen Vorschriften mit der wunderbaren Angabe ERA 2010 Pkt. 11.1.11 sowie ZTV-ING verwiesen. Nach einer intensiven Prüfung der gemachten Aussagen der Stadtverwaltung anhand dieser Vorschriften sowie der Straßenverkehrsordnung und den Planungsunterlagen zum Umbau der Albertbrücke kam die FDP/FB-Fraktion zu dem Schluss, dass ein Geländer von 1300 mm Höhe bei korrekter Auslegung der Vorschriften nicht notwendig gewesen wäre und damit die Begründung für ein Doppelgeländer nicht gegeben ist.

Begründung Fehlanzeige

In der durch die Stadtverwaltung selbst gelieferten schriftlichen Begründung wird eine Geländerhöhe von größer oder gleich 1300 mm lediglich dann gefordert, wenn am Geländer selbst ein Radweg bzw. Geh- und Radweg entlang führt. Auf der Albertbrücke ist dies nicht der Fall. Auf der Albertbrücke handelt es sich um einen getrennten Rad- und Gehweg; per Straßenverkehrsordnung wird dieser auch genauso ausgeschildert. Der Unterschied ist anhand der Beschilderung durch die Verkehrszeichen 240 „gemeinsamer Geh- und Radweg“ bzw. Verkehrszeichen 241 „getrennter Rad- und

Gehweg“ erkennbar. Die Radfahrer sind zur Benutzung des Radweges verpflichtet. Eine Nutzung des Fußweges durch Radfahrer würde demzufolge straßenverkehrsordnungswidrig erfolgen. Zastrow verweist auf die eindeutige Ausschilderung vor Ort: „Radfahrer müssen laut StVO den Radweg benutzen. Diese Radwege hat die Stadt für viel Geld angebaut. Dafür musste die Albertbrücke um mehrere Meter verbreitert werden.“

Da das Doppelgeländer also durch die gelieferten Vorschriften der Stadtverwaltung nicht zu begründen und das historische Geländer mit seiner Höhe von einem Meter völlig ausreichend ist, fordert Holger Zastrow den Abbau des Doppelgeländers und Konsequenzen aus den erneuten Fehlplanungen im Straßen- und Tiefbauamt:

„Diese Verschandelung der historischen Albertbrücke und des denkmalgeschützten Brückengeländers war verkehrstechnisch nicht notwendig. Man hätte sich zudem viele zehntausend Euro Steuergeld sparen können. Die Vorschriften sind eindeutig, das historische Geländer hätte, so wie es ist, vollkommen ausgereicht. Der Stahlpreis ist hoch, daher sollte das zweite Geländer aus ästhetischen Gründen besser gleich wieder abgebaut werden. Jedenfalls wurde im Straßen- und Tiefbauamt erneut Steuergeld in Größenordnungen verschwendet, welches man für die dringende Sanierung von Fußwegen oder den Bau von Radwegen

sinnvoller hätte einsetzen können. Dresden eilt leider der Ruf voraus, vorhandene Regelungen und Standards noch restriktiver und noch bürokratischer auszulegen als in anderen Kommunen. Der Fall der Albertbrücke erscheint bei Lichte betrachtet besonders dreist, weil die als Begründung dem Stadtrat gegenüber vorgebrachten angeblichen Vorschriften gar nicht existieren. Man muss wohl von einer „Geländer-Lüge“ sprechen und es wäre interessant zu erfahren, wie es dazu kommen konnte. Offenbar muss man als Stadtrat den Aussagen der zuständigen Straßenbauverwaltung gegenüber grundsätzlich skeptisch sein, selbst wenn sich diese auf vermeintliche Vorschriften und angebliche Normen beruft.“



Provinziell: Dresdner Fernbuschaos

Liberaler Erfolg: Neustädter Fernbushaltestelle bleibt

Auf Antrag der FDP/FB-Fraktion hat sich der Stadtrat in seiner Dezembersitzung einstimmig für den Erhalt der Fernbushaltestelle in der Dresdner Neustadt für alle Linienbetreiber ausgesprochen.

Diese Grundsatzentscheidung war notwendig geworden, nachdem die Stadtverwaltung öffentlich deutlich gemacht hatte, zukünftig nur noch eine Haltestelle in Dresden haben zu wollen. Dies war für die FDP/FB-Fraktion nicht akzeptabel. „Die gerade von der FDP auf allen Ebenen durchgesetzte Liberalisierung des Fernbusmarktes ist eine Erfolgsgeschichte, die endlich auch von den straßenbahn- und radverkehrs-fokussierten Verkehrsplanern der Landeshauptstadt erkannt werden sollte“, erklärt der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion, Franz-Josef Fischer.

Die Situation der Fernbushaltestellen ist in Dresden seit Jahren unbefriedigend. Statt auf das Machbare und schnell zu Realisierende zu setzen, ist die Stadtverwaltung immer noch in der „Vor-Fernbus-Ära“ gefangen, ignoriert die Fakten und träumt von einem im Moment nicht zu finanzierenden und kurzfristig nicht zu bauenden Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) am Hauptbahnhof. Die Verantwortlichen lassen damit die Busreisenden sprichwörtlich weiter im Regen

stehen. Dass jetzt sogar vorhandene Haltestellen gestrichen werden sollten, war aus Sicht der FDP/FB-Fraktion ein Irrweg, der dringend korrigiert werden musste.

Auf Beschluss des Stadtrates muss die Stadtverwaltung nun ein Lösungskonzept für eine Haltestelle in der Neustadt vorgelegen. Dabei ist noch nicht entschieden, ob eine Lösung an der Hansastraße oder auf dem Schlesischen Platz liegt.

Weiter Chaos um ZOB

Erst Ende Februar hat die Stadtverwaltung einen weiteren Variantenvergleich für einen ZOB vorgelegt. Nicht überraschend hält die Stadt an dem nach wie vor nicht zu finanzierenden Plan eines ZOB an der Ammonstraße fest. Da die linksgrüne Ratsmehrheit im Haushalt aber kein Geld eingestellt hat, wird der Bau weiter auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Die FDP/FB-Fraktion bekräftigt daher ihre Forderung nach einer Sofortmaßnahme. „Wir fordern den Verkauf des Grundstückes an der Ammonstraße. Mit den Einnahmen von rund 2 Millionen Euro kann die Bayrische Straße zusammen mit der Strehleener Straße zum Fernbusbahnhof ausgebaut werden“, so Franz-Josef Fischer.



KURZNACHRICHTEN

Zustimmung zum Darlehen für Kulturpalastsanierung alternativlos

Eine Zustimmung zur Deckung der bekannt gewordenen erneuten Mehrkosten für die Sanierung des Kulturpalastes ist aus Sicht von Fraktionschef Holger Zastrow alternativlos: „Wie schon beim Kraftwerk Mitte waren die Kostenschätzungen zu niedrig und man hätte ehrlicher kalkulieren müssen.“ Klar ist für die Fraktion, dass die Fehler bei der Sanierung des Kulturpalastes viel früher gemacht wurden. Vor allem die Baustandards müssten auf den Prüfstand: „Die Kosten für den Kulturpalast explodieren zum zweiten Mal in wenigen

Monaten und trotzdem leisten wir uns einen unfassbaren Behördenstreit zwischen Bauverwaltung und Denkmalamt mit dem Ergebnis, dass auch im Kulturpalast ein kostspieliges Doppelgeländer eingebaut wird.“ Weitaus kritischer sieht Zastrow die städtischen Kontrollgremien und deren Verantwortung. „Man muss die Frage stellen, wofür wir eigentlich einen Aufsichtsrat und eine eigene Lenkungsgruppe haben, wenn am Ende niemand von einer Kostenexplosion und einem wackelnden Eröffnungstermin gewusst haben will.“

Fraktion bedauert Kündigung Sanderlings

Nach dem rot-rot-grünen Haushaltsbeschluss im Dezember hat der Chefdirigent der Philharmonie Michael Sanderling angekündigt, seinen Vertrag nicht zu verlängern. Grund dafür waren die Kürzungen beim Budget der Philharmonie, die Linke, SPD und Grüne nur wenige Minuten vor der Stadtratssitzung durchgedrückt haben, ohne mit den Betroffenen zu sprechen. Für Franz-Josef Fischer, den kulturpolitischen Sprecher der FDP/FB-Fraktion, ein Nackenschlag für die Bewerbung Dresdens als Kulturhauptstadt.

Albertstraße: Rückbau stoppen und Fußgängerquerung endlich einrichten

Die FDP/Freie Bürger-Fraktion fordert den Stopp der Rückbaupläne für die Albertstraße. Der Fraktionsvorsitzende Holger Zastrow bezeichnet die Pläne für eine einspurige Albertstraße sogar als Scharlatanerie und unglaublichen Schildbürgerstreich: „Hier wird ein Teilstück einer durchgängig zweispurigen Hauptverkehrsader in der Stadt künstlich verschmälert und ein Verkehrsstau geradezu provoziert.“ Zastrow kritisiert zudem die merkwürdige Prioritätensetzung der Stadtverwaltung bei der Albertstraße. „Bevor sich der Geschäfts-

bereich Stadtentwicklung mit dem Unsinn einer einspurigen Albertstraße beschäftigt, sollte er sich um eine ebenerdige, sichere Querungsmöglichkeit für Fußgänger in Höhe des Archivplatzes kümmern. Man hat zwar endlich die alte Fußgängerbrücke abgerissen, aber noch keine Alternativen geschaffen.“ Diese Querung hat der Stadtrat bereits vor über einem Jahr auf Antrag der FDP/Freie Bürger-Fraktion beschlossen. Die Umsetzung fehlt noch immer.

Neujahrsempfang 2017

Auch 2017 luden die Stadträte der FDP/FB-Fraktion Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zum Neujahrsempfang ein und viele kamen. Mehr als 200 folgten der Einladung ins Feldschlösschen-Stammhaus und diskutierten mit den Stadträten, liberalen Ortsbeiräten und Ortschaftsräten sowie Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) aktuelle politische Herausforderungen. Fraktionschef Holger Zastrow verurteilte in seiner Neujahrsrede die persönlichen Angriffe, Drohungen und Beleidigungen gegen Oberbür-

germeister Dirk Hilbert im Zusammenhang mit dem Gedenken zum 13. Februar scharf und beklagte eine zunehmende Verrohung der Sitten in der politischen Diskussion.

Ansonsten standen in den Wortbeiträgen Themen wie die insbesondere auch von der FDP angestoßene Bewerbung Dresdens als europäische Kulturhauptstadt im Mittelpunkt und die Frage, wie wirtschaftsfreundlich die Stadt ist. Die Politik der schwarz-roten Bundesregierung ist von einer

deutlichen Einschränkung unternehmerischer Freiheiten gekennzeichnet, aber auch in der Stadt hat sich das Klima unter einer linksgrünen Mehrheit spürbar verändert. Dem Drang zu immer mehr Bevormundung, Misstrauen und Gängelei wollen die Mitglieder der Fraktion gemeinsam mit dem Oberbürgermeister eine Politik der ökonomischen Vernunft, des Wagens und sich Trauens entgegenzusetzen. Dresden braucht den Mut, die Kreativität und die Entschlossenheit selbständigen Handelns dringender denn je.



Hartmut Vorjohann im Gespräch mit Unternehmer Albrecht Felgner und Ex-FDP-Stadtrat Jürgen Felgner

Neue Impulse nötig – Hochhäuser statt WOBA

Rot-Rot-Grün hat die Gründung einer WOBA durchgeboxt. Die eigentlichen Probleme dieser finanz- und wohnungspolitischen Fehlentscheidung wurden ignoriert. Für die Gründung des kommunalen Unternehmens setzt die Stadt enorme eigene Steuermittel ein, vor allem aber baut sie auf kontinuierlich fließende Fördermittel des Landes, was keinesfalls garantiert ist. Hochriskant und „auf tönernen Füßen“ nennt man so eine Finanzierung.

In nächster Zeit soll die neue WOBA viele tausend Wohnungen bauen - koste es, was es wolle. Allerdings musste die Verwaltung jetzt erst einmal einräumen, dass aus den groß angekündigten 800 Wohnungen im ersten Schritt nichts wird. Die ausgewählten Grundstücke reichen nämlich nur für knapp 500 Wohnungen.

Aus Sicht der FDP/FB-Fraktion braucht der Wohnungsbau andere Impulse, statt alter, nicht zu finanzierender linker Fantasien. Neben mehr Investorenfreundlichkeit sowie schnelleren und unbürokratischeren Genehmigungsverfahren schlägt Fraktionschef Holger Zastrow Hochhäuser gegen die Wohnungsnot vor: „Die sanierten Hochhäuser auf der Hochschul- und Wundtstraße sind ein Beleg für ansprechende Gestaltung alter Hochhäuser. Zum Beispiel in der Lingnerstadt und am Lennéplatz könnten neue Hochhäuser entstehen, die Dresden architektonisch bereichern und zeitnah für eine deutliche Verbesserung am Wohnungsmarkt sorgen.“



Ein Pinguin als launiges Präsent der CDU-Fraktion – FDP und Freie Bürger hatten sich zum Unmut der Union für den Erhalt des Pinguin-Cafés im Dresdner Zoo eingesetzt



v.l.n.r.: Franz-Josef Fischer (Freie Bürger), Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP), Jens Genschmar (FDP), Gunter Thiele (CDU), Prof. Dr. Thoralf Gebel (FDP), Holger Zastrow (FDP), Gottfried Ecke (CDU), Bürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU)



IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP/FB-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträten Detlev Cornelius, Franz-Josef Fischer, Prof. Dr. Thoralf Gebel, Jens Genschmar und Holger Zastrow

Kontakt

FDP/FB-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fb-fraktion-dresden.de)
Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
Tel. 488 2662, Fax 488 2989
E-Mail fdp-fb-fraktion@dresden.de

Redaktion

Steffen Hintze (V.i.S.d.P.), Thomas Widra

Gesamtherstellung:

Saxedo GmbH/SDV AG

Bildnachweise

©Tristan T. (S. 2),
©Fotostudio Wachs (S. 4)

Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP/FB-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.



FRANZ-JOSEF FISCHER
EIN FREIER BLICK

HEUTE: **Dresden läuft nicht mehr rund!**

Alle Fernrohre der deutschen Journalisten scheinen auf Dresden gerichtet zu sein. Warum nur? Will der Westen von

sich selbst ablenken und dem Osten alles in die Schuhe schieben? Der erste prominente Steinewerfer, Ex-Außenminister Fischer, kam von drüben und viele andere der linken Szene spielen immer noch den Engel, was ja heute Gutmensch heißt!

Wir erleben nun eine neue Phase unter ganz anderem Vorzeichen. Die politische Diskussion in Deutschland ist zu einem Schönheitswettbewerb um die makelloseste Gesinnung geworden. Es gilt nur die lautstarke Selbstdarstellung statt Nachdenken und Respekt vor der Realität. Politik und Medien fühlen sich als Elite und beschäftigen sich nur mit sich selbst. Ereignisse auf der Straße

werden vom Büro oder aus dem Kaminessel heraus beurteilt.

Wer ohne Protest zu Hause bleibt, und das sind die freien und mündigen Dresdner, der möchte wenigstens durch die Medien objektiv informiert werden. Aber hier wird es einseitig! Nach kurzen Einblendungen von sogenannten Unruhestiftern sorgt die Regie für erdrückende Sendeminuten-Mehrheiten auf der anderen Seite. Die eigentliche und so wichtige Debatte wandert also, weil sie im Parlament und am Fernsehschirm nicht stattfindet, auf die Straße! Sofort beginnen die ach so korrekten Alleswisser mit einem unsachlichem Rufmord, sie bezeichnen die politisch

unkorrekten Diskutierer mit den Nazis! Das provoziert eine enorme Aufregung, die schnell eskaliert. Mit Massenmördern möchte keiner in der heutigen Gesellschaft verglichen werden! In die Auseinandersetzungen mischen sich tatsächlich braune Unholde aus allen Bundesländern, sie nutzen sie schon fast auf kriminelle Art, aber wieder zu Hause zeigen sie auf Dresden. Der unzufriedene Bürger indes sucht weiter nach Antworten. Sie lassen sich nur leider nicht auf der Straße finden. Dort laufen die Menschen nicht rund! Ihr

Franz-Josef Fischer

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

fdp-fb-fraktion@dresden.de
Telefon 0351 4882662